



Liebe Leserin, lieber Leser,

wir bemerken so langsam eine Änderung im Niedersächsischen Landtag. Natürlich steht Corona immer noch im Vordergrund und die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir müssen weiterhin solidarisch, vorsichtig und achtsam sein sowie Aufeinander aufpassen. Jedoch spielen auch wieder andere Themen eine größere Rolle in der Öffentlichkeit. Insbesondere ist Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr gut durch die dritte Welle gekommen und wir sehen nun den Zeitpunkt, weitgehende Öffnungen zu tätigen. Diese Entscheidung ist richtig, denn ohne hohe Inzidenzzahlen gibt es keine Grundlage dafür, das öffentliche Leben herunterzufahren. Die Impfkampagne geht sehr gut voran: In Niedersachsen sind über 54% der Menschen schon erstgeimpft, die Zweitimpfungen liegen bei ca. 34,5% und nehmen weiter Fahrt auf. Gleichzeitig müssen wir aber auch weiterhin die Hygienemaßnahmen beachten. Sie schützen besonders diejenigen, die noch nicht geimpft oder genesen sind. Darüber hinaus entwickelt sich die sog. Delta-Variante zur dominanten Virusform. Diese Mutation ist ansteckender als die Alpha-Variante, die zuerst in Großbritannien entdeckt wurde.

Seit dem Inkrafttreten der Änderungen im Infektionsschutzgesetz (IfSG) am 24. April 2021 sind die vom Robert-Koch-Institut (RKI)

übermittelten Inzidenzwerte maßgeblich für die Regelungen der Bundesländer. Vor diesem Hintergrund hat auch Niedersachsen die öffentliche Kommunikation der Inzidenzen auf die RKI-Werte umgestellt. Mehr dazu und zum [Corona-Dashboard Niedersachsen](#) finden Sie auf Seite 4.

Ministerpräsident Weil hat sich das Core-Projekt im City Center Oldenburg angesehen. Beim Core-Projekt handelt es sich um ein innovatives Konzept moderner Arbeitsweisen verbunden mit Kulinarik und Kultur. So leistet es auch einen Beitrag zur Stärkung der Innenstadt. Nähere Informationen dazu lesen Sie auf Seite 9. Und einiges mehr ist passiert in den letzten 4 Wochen. Machen Sie sich ein Bild.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre.

Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

IN DIESER AUSGABE

Änderung des KiTa-Gesetzes. Seite 5
Fahrraddemo für mehr Toleranz.

Seite 11

+++ HINWEIS LANDTAGSFAHRTEN +++

Aufgrund der aktuellen Situation können wir noch nicht sagen, wann wir wieder Landtagsfahrten anbieten werden. Wir freuen uns bereits jetzt schon, Sie wieder in Hannover begrüßen zu dürfen.



AUS DEM LANDTAG

Plenum vom 9. bis 11. Juni 2021 - Gesetze und Anträge

Rehabilitationsmaßnahmen für Long-COVID-Patient*innen

Auch, wenn eine Corona-Infektion offiziell als überstanden gilt, sind viele Menschen noch immer nicht vollständig genesen. Zahlreiche Personen leiden Monate nach der Infektion noch stark unter Langzeitfolgen von COVID-19. Die SPD-Fraktion setzt sich ein für gut ausgestattete, interdisziplinäre Angebote zur Diagnostik sowie für Rehabilitationsangebote durch multiprofessionelle Teams, um während einer Reha-Maßnahme die Behandlung aller Symptome sicherstellen zu können.

Einbahnstraße Corona? – Interessen von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen

Seit einem Jahr hat die weltweite Corona-Pandemie massive Auswirkungen auf das tägliche Leben. Für Kinder und Jugendliche ist jedes Lebensjahr mit Entwicklungsschritten verbunden, die bedeutsam für ihren Weg zum Erwachsenwerden sind. Es ist schon jetzt festzustellen, dass sich Kinder und Jugendliche in der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen „ohnmächtig ausgeliefert“ fühlen und sie sich wünschen, eine Stimme zu haben und gehört zu werden.

Tierversuchsfreie Methoden fördern, Kontrollen von Tierhaltungen verbessern

Im Oktober 2019 wurden schwere Tierschutzverstöße in einem Versuchslabor in Mienenbüttel aufgedeckt, die eine emotionale öffentliche Debatte über Tierversuche ausgelöst und zu einem zwischenzeitlichen Entzug der Betriebserlaubnis für den Standort geführt haben. Der Fall hat gezeigt, dass die Kontrolle von bestehenden Tierhaltungen für Tierversuche deutlich verstärkt und verbessert werden muss.

Regionale Fleischvermarktung und stressfreie Schlachtung stärken – dezentrale und mobile Schlachtung ermöglichen

Verbraucher*innen zeigen ein immer stärkeres Interesse an den Haltungs- und Schlachtmethoden der Nutztiere. Bedingt durch zahlreiche tierschutz- und arbeitsrechtliche Verstöße schwindet die gesellschaftliche Akzeptanz für das zentrale System „Schlachthof“. Stressfreie, dezentrale und (teil-) mobile Schlachtung sowie die regionale Fleischvermarktung geraten zunehmend in den Fokus von Fleischerzeuger*innen und -Verbraucher*innen und werden als echte Alternative angesehen.

Behandlungsqualität für Patient*innen entscheidend verbessern – sektorenübergreifende Versorgung weiterentwickeln, Regionale Gesundheitszentren einführen

Die Enquetekommission zur Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung bestätigt den Stellenwert der sektorenübergreifenden Versorgung in ihrem Abschlussbericht. Aus Sicht der Kommission ist es unerlässlich, vorhandene Ressourcen effizienter zu nutzen. Nur so kann die Versorgungsqualität den zukünftigen Herausforderungen standhalten.

Wirtschaftsauskunfteien zu mehr Transparenz verpflichten

Privatwirtschaftliche Auskunfteien sollen dazu verpflichtet werden, den Score-Wert auf Antrag der Verbraucher*innen neu zu berechnen. Ferner muss nachvollziehbar sein, welche Merkmale zu der Bewertung geführt haben. Sind alle Schulden bezahlt und haben sich die Lebensumstände geändert, muss das in die Bewertung einfließen. Zusätzlich muss die Verwendung personenbezogener Datenkategorien untersagt werden.

Nähere Informationen und weitere Themen des Plenums finden Sie **hier - auf den Seiten des Niedersächsischen Landtags.**



AUS DEM LANDTAG

Ulf Prange zur Anfrage der Fraktion der CDU: Antisemitismus in Niedersachsen - welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung?

„Es ist richtig: Sonntagsreden reichen nicht aus. Dennoch darf und muss man die Probleme benennen und ansprechen dürfen. Aber man muss auch Maßnahmen ergreifen, um die Probleme anzugehen. Dies tun wir.

Die Vorkommnisse, die wir in den letzten Wochen erlebt haben - antisemitische Äußerungen, das Verbrennen israelischer Fahnen auf Demonstrationen, Angriffe auf Synagogen und offener Hass -, haben uns alle entsetzt und betroffen gemacht. Sie hatten eine andere Qualität als Vorgänge in der Vergangenheit; zuletzt waren sie insbesondere von einer hohen Aggressivität geprägt.

An dieser Stelle ist es richtig, das, was passiert ist, erneut auf das Schärfste zu verurteilen. Das tue ich für meine Fraktion. Ich will deutlich sagen, dass Antisemitismus in unserem Land und in unserer Gesellschaft keinen Platz haben darf, egal von wem.

Sicherlich ist Antisemitismus ein Thema, das aus dem rechten Bereich kommt, dort stark verankert ist. Dies zeigen die hohen Zahlen. Aber Antisemitismus ist mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angelangt. Er ist angeheizt worden durch Fake News und durch Verschwörungstheorien. Wir erleben eine Radikalisierung im Internet, die sehr negativ auf unseren gesellschaftlichen Diskurs einwirkt. Wir erleben auch Antisemitismus, der sich unter dem Deckmantel der Israelkritik äußert, etwa durch die BDS-Kampagne.

Was die Landesregierung in den letzten Monaten und Jahren gemeinsam mit den sie tragenden Fraktionen auf den Weg gebracht hat, ist bereits genannt worden. Wir haben einen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens. Das ist ausgesprochen wichtig, um einen Ansprechpartner für Jüd*innen und die Gemeinden im Land zu haben, und um die Gesellschaft stärker zu sensibilisieren.

Sie haben die zusätzlichen Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro angesprochen, die dauerhaft zur Verfügung gestellt worden sind.

Wir haben auch über die politische Liste einiges getan. Wir haben das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte gestärkt und zusätzliche Mittel für die Bekämpfung des Antisemitismus festgeschrieben. Aber auch die Einrichtung der entsprechenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist sicherlich ein wichtiger Aspekt, weil Hass und Hetze im Netz auch im Zusammenhang mit Antisemitismus eine große Rolle spielen.

Prävention und Bildungsangebote sind nachhaltig aufzustellen, um Antisemitismus dauerhaft wirksam zu begegnen. Wir brauchen aber auch einen starken Rechtsstaat, der die Strafverfolgung konsequent aufnimmt. Vor diesem Hintergrund ist das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität, das die Bundesebene auf den Weg gebracht hat, gut. Es sichert eine effektivere Strafverfolgung. Der Vorschlag, die bestehende Strafbarkeitslücke durch einen zusätzlichen Straftatbestand der verhetzenden Beleidigung zu schließen, ist richtig.

Ich glaube, wenn man sich mit Antisemitismus auseinandersetzt, stellt sich die Frage, ob wir mit unseren Beratungs-, Unterstützungs- und Präventionsangeboten auch muslimische Menschen erreichen, weil sie eine andere Sozialisierung haben. Ich bin in der "Jüdischen Allgemeine" auf einen Artikel von Ahmad Mansour gestoßen, der genau diese Problematik aufzeigt und dafür wirbt, dass man Beschäftigte bei Bildungsträgern sensibilisiert und dass wir auch den Nahostkonflikt stärker in der Bildungslandschaft abbilden müssen, um über diesen Weg die Zielgruppen noch einmal stärker zu erreichen. Ich finde, das ist ein wichtiger Aspekt, den wir in den weiteren Beratungen beachten müssen. Genau an diesen Punkten müssen wir ansetzen. Denn es wird darum gehen, deutlich zu machen, dass Antisemitismus keinen Raum in unserer Gesellschaft haben darf und wir alles uns Mögliche tun müssen, um ihm entgegenzuwirken."

Rede während des Plenums am 11. Juni

CORONA-INFOS

Corona-Dashboard Niedersachsen / Auszug aus dem Stufenplan

Corona-Dashboard für das Land Niedersachsen: www.niedersachsen.de/corona-fallzahlen

Das Corona-Dashboard Niedersachsen ist ein tagesaktuelles und interaktives Informationsangebot zum Corona-Geschehen niedersachsenweit und in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten.

Abgebildet werden das Infektionsgeschehen, der Stand der Impfkampagne, die Auslastung der Intensivstationen, die Impfzentren sowie die Testzentren.

Niedersächsische Corona-Verordnung – kompakt –
www.niedersachsen.de/coronavirus/

 **Niedersachsen. Klar.**

Stufenplan

bis 10
10 bis 35
35 bis 50
über 50

alle Öffnungen nur mit Hygienekonzept möglich/gültige Stufe durch Feststellung (Allgemeinverfügung) der Kommune

Handel/Dienstleistungen

- Handel: geöffnet | Maske
- Wochenmärkte: geöffnet | ohne Maske
- Spezialmärkte/Messen/gewerbliche Ausstellungen: zulässig | Maske
- Körpernahe Dienstleistungen/Prostitution: zulässig | Maske

Sport

Sportanlagen und Schwimmbäder geöffnet
Beachtung Hygienekonzept

Kultur/Freizeit

- Theater, Konzerthäuser, Kinos etc.: geöffnet | Maske bis zum Sitzplatz - es sei denn Zutritt erfolgt mit Test
- Zoo, Tierparks, Botanische Gärten, Museen, Galerien, Ausstellungen etc. sowie kulturelle/touristische/andere Einrichtungen: geöffnet | Innenangebote mit Maske
- Saunen, Thermen, Schwimm- und Spaßbäder: mit Hygienekonzept geöffnet

 = medizinische Maske (OP-Maske oder FFP2)

Kontaktregelung

im privaten und öffentlichen Raum

draußen:



max. 50 Personen

drinnen:



max. 25 Personen

Kinder



0 - 14 Jahre

plus zugehörige

Impfung



2 x

Genesen

- Hochzeit, Taufen, Beerdigung, Konfirmation, Kommunion etc.: Bei Zeremonie keine Beschränkung Personenzahl | mit Abstand Maske bis zum Sitzplatz | anschließende Zusammenkunft (Feier) nach Regelung Gastronomie
- Religiöse Veranstaltungen: Gottesdienste mit Hyg.-Konzept | Maske bis zum Sitzplatz
- Besuch in Alten- und Pflegeheim: Maske

Gastronomie/Tourismus

Gastronomie (inkl. Bars)

- Innen/Außen: geöffnet | kein Test | ohne Maske nur am Tisch
- Saalbetrieb/Private geschlossene Feiern: erst ab 50 (draußen) bzw. ab 25 (drinnen) Personen – Zugang mit Test erforderlich
- Diskotheken & Clubs: Zugang mit Test | keine Maske | kein Abstand

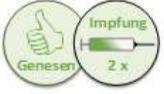
Tourismus:

- Test nur bei Anreise erforderlich
- Aktivitäten (Bus, Schiff etc.): zulässig | Abstand und Maske richten sich nach Gruppengröße (25 drinnen/50 draußen) sowie nach Hygienekonzept

Veranstaltungen

Grundsatz:

- erst ab 50 (draußen) bzw. 25 Personen (drinnen) mit Abstandspflicht und Maske (drinnen), wenn nicht am Sitzplatz
- Aufhebung Abstandspflicht und Maske, wenn Zugang mit Test erfolgt
- Ab 1.000 Teilnehmende genehmigungspflichtig


➔


Hinweis: Es handelt sich hierbei um eine vereinfachte Übersicht der Stufenregelung in ausgewählten Lebensbereichen – es gilt ungeachtet dieser Darstellung die gültige Niedersächsische Corona-Verordnung (Stand: 19. Juni 2021)

Weitere Antworten auf häufig gestellte Fragen finden Sie **hier**.



AUS HANNOVER

Koalition einigt sich auf Änderung des Kita-Gesetzes

Die Landtagsfraktionen von SPD und CDU haben sich Anfang Juni 2021 gemeinsam mit der Landesregierung auf eine Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG) geeinigt. Der Gesetzesentwurf soll die Betreuungsqualität steigern sowie dem Fachkräftemangel bei erzieherischen Berufen langfristig entgegenwirken.

Eine zentrale Forderung der SPD-Fraktion ist mit dem Stufenplan zur Einführung einer dritten Fachkraft in den Kindergartengruppen erfüllt. Damit wird die Qualität der Betreuung langfristig verbessert. Der Stufenplan schafft eine rechtsverbindliche Planungssicherheit, um die frühkindliche Bildung in Niedersachsen nachhaltig zu stärken.

Ulf Prange und Hanna Naber zeigten sich sehr erfreut darüber, dass Hinweise und Anregungen aus den Gesprächen mit Leiter*innen und Mitarbeiter*innen der KiTas aufgegriffen und stufenweise umgesetzt werden.

Der geeinte Gesetzesentwurf sieht folgende Eckpunkte vor:

- Die Kindertagespflege wird neben den Kindertageseinrichtungen in das Gesetz aufgenommen.
- Der Fachkräftecatalog wird durch einen erleichterten Berufszugang für zusätzliche Abschlüsse erweitert.
- Ausweitung der Finanzhilfefähigkeit für unterhältig beschäftigte Fachkräfte.
- Die personelle Mindestausstattung in Randzeiten wird denen in Kernzeiten gesetzlich angeglichen.
- Einrichtung eines Landeselternrats.
- Flexibilisierung der Vertretungsregelungen.
- Gesetzliche Implementierung der ersten beiden Stufen des Stufenplans zur Einführung einer dritten Kraft in Kindergartengruppen.

Stufenweise Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels

Stufe 1: Mindestens 2.000 zusätzliche Auszubildende ab dem 01.08.2023 mit 15 Stunden pro Woche in den Einrichtungen, Anleitungsstunden für die Einrichtung.

Stufe 2: Finanzierung von 20 Stunden von Drittkräften in Ganztagesgruppen mit mindestens 19 Plätzen zum 01.08.2027.

Die weiteren Stufen 3 bis 5 werden mit einem begleitenden Entschließungsantrag definiert und abgesichert werden.



Foto: Simone M. Neumann

Der Stufenplan soll die Mindeststandards für den Fachkraft-Kind-Schlüssel schrittweise verbessern, um die Qualität der frühkindlichen Bildung und die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Fachkräfte in KiTas zu stärken. Eine frühe Rechtsverbindlichkeit der Stufen kann wegen des zu erwartenden Bedarfs an zusätzlichen Fachkräften nicht umgesetzt werden.

Für die Finanzierung haben die Bundesfamilienministerin und der Bundesfinanzminister ihre Unterstützung zugesagt. Zudem könnte das Gute-Kita-Gesetz verstetigt werden. Sollte eine neue Bundesregierung diese Verantwortung nicht wahrnehmen, wird das Land Niedersachsen die Kosten tragen.



AUS HANNOVER

Sexueller Missbrauch in Kirchen muss aufgearbeitet werden - Diskussionsrunde im Landtag

Am 23. Juni luden die Sprecherin der Enquetekommission Kinderschutz, Wiebke Osigus, und der Sprecher für Recht und Verfassung, Ulf Prange, im Namen der SPD-Landtagsfraktion verschiedene Expert*innen zu einer hybriden Sitzung in den Niedersächsischen Landtag ein.

Thema der Diskussionsrunde war die Aufarbeitung und Prävention sexuellen Missbrauchs von Kindern in den katholischen und evangelischen Kirchen. Als Fachleute diskutierten Prof. Michael Droege, Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Eberhard Karls Universität Tübingen, Prof. Martin Wazlawik, Dozent für Soziale Arbeit an der Hochschule Hannover, sowie der stellvertretende Direktor Tillmann Bartsch und die Sozialwissenschaftlerin Laura Treskow vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. mit den Landtagsabgeordneten über eigene Projekte, die aktuellen Rechtslagen und mögliche Ausblicke.

Eingangs wurde vor allem die aktuelle Rechtsstellung der Kirchen in Deutschland erörtert. Kirchen haben als Körperschaften des öffentlichen Rechts eine eigene Regelhoheit, die verfassungsrechtlich abgesichert ist. Ergänzende Regelungen zum Verhältnis von Staat und Kirche enthalten Konkordate und Staatskirchenverträge. Es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem staatlichen und dem eigenen Strafanspruch etwa der katholischen Kirche. Die Verfahrensregelungen sind dabei unterschiedlich ausgestaltet, etwa in Hinblick auf Akteneinsichtsrechte und den Grundsatz der Öffentlichkeit.

„Im Zusammenhang mit Missbrauchsfällen ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, dass die eigenständigen Regelungen der Kirche einer umfänglichen und transparenten Aufklärung entgegenstehen. Hier stellt sich die Frage, ob dadurch das staatliche Gewaltmonopol unterlaufen wird und inwieweit

institutionelle Strukturen die Aufarbeitung von Fehlverhalten erschweren, was letztlich nicht allein die Kirche betrifft“, so Ulf Prange.

Prof. Droege führte aus, dass es inzwischen zaghafte Versuche innerhalb der Kirche zu einem besseren Kinderschutz gebe. Allerdings galt sexueller Missbrauch bisher vor allem als Verstoß gegen das sechste Gebot „Du sollst nicht ehebrechen“ – was den Umständen nicht annähernd gerecht werde.

Detailliert diskutierte die Runde außerdem die Frage nach einer Anzeigepflicht in Institutionen wie der Kirche. Hier gab es unter den eingeladenen Expert*innen unterschiedliche Auffassungen. Dazu Wiebke Osigus: „Die Frage einer allgemeinen Anzeigepflicht bei Kindesmissbrauch ist noch nicht abschließend geklärt. Ich freue über die zahlreichen Impulse aus dieser Runde, die wir in die weitere Beratung einbeziehen werden. Festzuhalten bleibt, dass der Staat sämtliche Mittel und Methoden an der Hand zu haben scheint, um Unrecht in der Institution Kirche aufzuklären. Es gibt dort jedenfalls theoretisch kein paralleles Rechtssystem. Wir werden uns im nächsten Schritt die Frage stellen, worin die nach außen zögerlich wirkende Haltung zur Aufarbeitung kirchlicher Missbrauchsfälle begründet ist. Interessant dürfte hierbei auch die Frage sein, ob der Staat wirklich klar formuliert hat, was er bei Mitwisserschaft erwartet. Vergleichbar mit der neuen Haftung aus dem Netzwerkdurchsuchungsgesetz wäre eine Haftung der gesamten Institution Kirche vorstellbar.“

Hintergrund: Kritiker*innen der Anzeigepflicht bemängeln, dass das gestörte Vertrauensverhältnis der Opfer zu den Institutionen eine effektive Anzeige behindert. Betroffene Kinder würden sich aus Angst oder Scham niemandem anvertrauen, wenn sie nicht auf eine vertrauensvolle Atmosphäre bauen können. Zudem sollte ihnen die Entscheidung über eine Anzeige überlassen sein. -6-



AUS HANNOVER

Sonderfonds Kultur gestartet



Der Bund hat in enger Zusammenarbeit mit den Ländern einen Sonderfonds für Kulturveranstaltungen geschaffen. Mit dem 2,5 Milliarden Euro schweren Paket zur Wiederaufnahme des kulturellen Lebens sollen wirtschaftliche Nachteile durch die Corona-Pandemie ausgeglichen werden. Seit dem 15. Juni 2021 können Kulturveranstaltungen [hier](#) registriert werden.

Der Sonderfonds sieht zum einen die Förderung von kleineren Kulturveranstaltungen im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitshilfe mit bis zu 500 Teilnehmenden im Juli sowie mit bis zu 2.000 Teilnehmenden von August an vor. Zum anderen ist eine Ausfallabsicherung für größere Kulturveranstaltungen vorgesehen, die ab September zur Verfügung stehen soll.

Unter www.Sonderfonds-Kulturveranstaltungen.de werden in umfassenden FAQs die Rahmenbedingungen der Wirtschaftlichkeitshilfe und der Ausfallabsicherung praxisnah und verständlich erläutert. Ab sofort sind zudem die Beratungsleistungen der bundesweiten Telefonhotline unter 0800 6648430 ausgebaut.

Die Registrierung von Kulturveranstaltungen ist ausschließlich online möglich. Mit der Abwicklung in Niedersachsen ist die NBank beauftragt.

Niedersachsen stärkt Innenstädte

Niedersachsens Städte stehen vor gewaltigen Veränderungen. Der lokale Handel in den Städten kämpft gegen die Konkurrenzen aus dem Internet. Die Pandemie hat zudem negative Wirkungen auf weitere Angebote, die die Qualität von Städten ausmachen. Kunst und Kultur, Gastronomie und Hotellerie mussten unter den Bedingungen des Lockdowns ihre Angebote fast vollständig einstellen.

Die belebte Innenstadt ist das Leitbild der SPD-Fraktion. Innenstädte sind viel mehr als Zentren wirtschaftlichen Handelns. Die Innenstädte der Zukunft sollen Orte sein, in denen sich Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Einkaufen, Soziale Treffpunkte, Gastronomie und Kultur sinnvoll durchmischen und ergänzen. Außerdem sollen gesunde, innerstädtische Ökosysteme systematisch in die Stadtplanung einbezogen werden. Dazu sind bereits einige Initiativen gestartet:

Das neue Quartiersgesetz ermöglicht, durch private Initiativen Quartiere aufzuwerten, Immobilienwerte zu erhalten und Leerstände wiederzubeleben. Ein Wettbewerb soll die besten Modellprojekte ermitteln.

Der Wettbewerb „Gute Nachbarschaft“ für Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement greift den Grundgedanken des Zusammenlebens auf. Die Idee und die Grundhaltung hinter dem Wettbewerb hat in diesem Frühjahr zur Gründung des „Bündnis für gute Nachbarschaft in Niedersachsen“ geführt.

Finanziert aus EU-Mitteln stellt das Land 117 Millionen Euro bereit, um die Städte und Gemeinden bei kurzfristig umsetzbaren Projekten zu unterstützen. Das Zukunftsraum- und Sofortprogramm richtet sich an alle niedersächsischen Städte sowie Einheits- und Samtgemeinden ab 10.000 Einwohner*innen, in denen mindestens ein Grundzentrum festgelegt ist sowie Verbände von Einheits- oder Samtgemeinden von insgesamt über 10.000 Einwohner*innen.

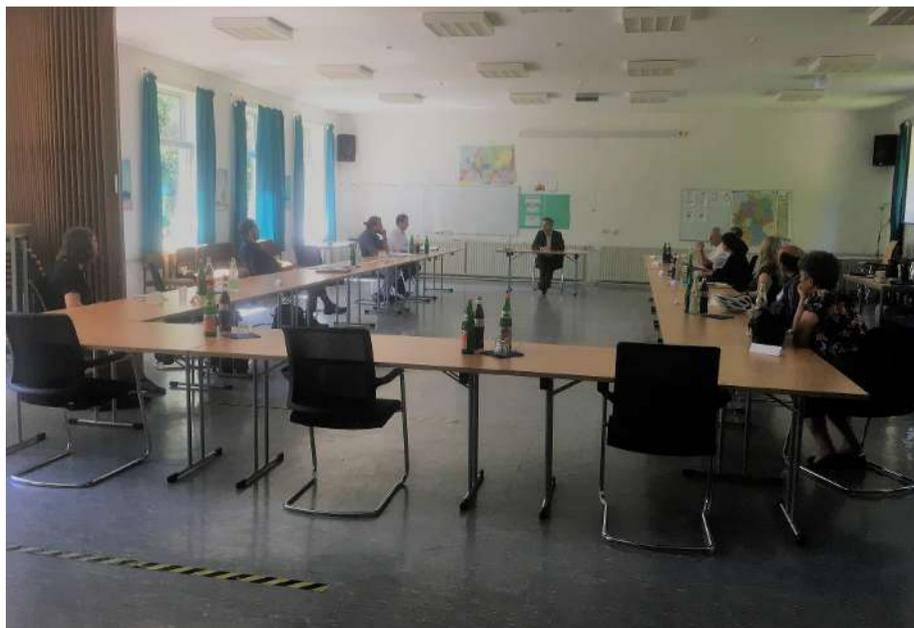


AUS OLDENBURG

Erneuter Dialog in Blankenburg

Nach einem gemeinsamen Gespräch im Juni vergangenen Jahres waren sich Hanna Naber und Ulf Prange mit Vertreter*innen der Landesaufnahmebehörde, Bewohner*innen in Blankenburg und weitere politischen Akteur*innen einig, den Dialog fortzusetzen. Der von Susanne Menge (Bündnis 90/Die Grünen) geplante Folgetermin musste aufgrund der Pandemie mehrfach verschoben werden. Am 16. Juni konnte der Austausch nun stattfinden, an dem auch Hanna Naber teilnahm.

Dazu Hanna Naber: „Ich halte es für wichtig, im Gespräch zu bleiben. Die Mitarbeiter*innen hier in Blankenburg machen einen guten Job. Trotzdem erleben viele der Bewohner*innen im Alltag Diskriminierungen. Die Corona-Pandemie hat diese Situation nicht gerade verbessert – genau wie unser Besuch mussten zahlreiche Veranstaltungen und Gesprächsrunden verschoben werden, um die Bewohner*innen nicht zu gefährden. Die aufgeschobenen Gespräche müssen jetzt nachgeholt werden und wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen können wir auch für die Landesaufnahmebehörde Lehren aus der Pandemie ziehen.“



Gespräch mit der Jugend- und Familienhilfe Oldenburg

Anfang Juni waren Hanna Naber und Ulf Prange zum Gespräch in der Geschäftsstelle der Jugend- und Familienhilfe Oldenburg. Sie haben sich mit Vertretern der Einrichtung über deren Arbeit und Angebote ausgetauscht und sich darüber informiert, welche Herausforderungen die Corona-Pandemie für die Jugend- und Familienarbeit mit sich gebracht hat. Bund, Land und Kommune haben Mittel zur Verfügung gestellt, um Angebote speziell für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen.



Beide Abgeordneten haben aus dem Gespräch mitgenommen, dass insbesondere die Kinder, Jugendlichen und Familien, die die Angebote der Jugend- und Familienhilfe in Anspruch nehmen, bei der Ausgestaltung der Unterstützungsangebote stärker in den Blick genommen werden müssen. Es ist wichtig, dass Bund und Länder einfache Verfahren auf den Weg bringen, die eine Flexibilität bei den einzelnen Projekten ermöglichen. Die Förderbedingungen müssen so aufgestellt werden, dass die Gelder schnell und unbürokratisch ankommen und die Kinder, Jugendlichen und Familien, die besonders von den Corona-Einschränkungen betroffen waren, eine gute Unterstützung erhalten.



AUS OLDENBURG

Ministerpräsident Weil zu Besuch in Oldenburg



Ein Konzept, das die Menschen wieder in die Innenstädte locken soll, entsteht derzeit in Oldenburg. Das Core, zu Deutsch also der Kern, will neue Arbeitskonzepte mit Lifestyle und Gastronomie verbinden.

Ministerpräsident Stephan Weil besuchte am 30. Juni das Innovationszentrum in der Innenstadt. Am Vorabend besichtigte der Ministerpräsident das EWE-Laufwasserwerk an der Hunte. Die Besuche sind Teil der Sommerreise. Hanna Naber begleitete den Ministerpräsidenten zur Besichtigung des Wasserwerkes: „Es ist immer eine erfreuliche Angelegenheit, wenn es unseren Ministerpräsidenten nach Oldenburg führt. Nicht

verwunderlich, hat unsere Stadt doch eine Vielfalt an interessanten Orten, Unternehmen und Ideen zu bieten.“

Das Core in der Oldenburger Innenstadt hatten Hanna Naber und Ulf Prange bereits im vergangenen Monat besucht. Dank der sich etwas entspannenden pandemischen Lage konnten nun ein weiterer Besuch mit dem Ministerpräsidenten in etwas größerem Rahmen stattfinden. Dazu Prange: „Bei unserem letzten Besuch konnten wir uns einen ersten Eindruck von der Umsetzung des Konzepts verschaffen. Das Core hat Modellcharakter, auch für andere Innenstädte. Das Interesse unseres Ministerpräsidenten an diesem innovativen Oldenburger Vorhaben freut mich sehr.“



AUS OLDENBURG

Zu Besuch in der Landesbibliothek

Am 22. Juni waren Hanna Naber und Ulf Prange zu Besuch bei Frau Roeder, Direktorin der Landesbibliothek Oldenburg (LBO). Dabei unterhielten sie sich über die Auswirkungen der Corona-Krise auf die LBO. Der Schwerpunkt des Gesprächs lag jedoch auf den aktuellen Projekten der LBO, dem geplanten Digitalisierungszentrum sowie des Erweiterungsbaus. Besonders angetan waren die Abgeordneten von historischen Karten der Region und Ausgaben der sozialdemokratischen Zeitung „Norddeutsches Volksblatt“.



In der Landesbibliothek werden unter anderem historische Karten des Nordwestens aus der Sammlung Albers und die sozialdemokratische Zeitung „Norddeutsches Volksblatt“ digitalisiert.

Gespräch in der Agentur für Arbeit

Am 16. Juni 2021 trafen sich Hanna Naber und Ulf Prange mit Dr. Thorsten Müller, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung in der Agentur für Arbeit Oldenburg-Wilhelmshaven. Die Corona-Krise konnte dem Angebot an Ausbildungsstellen zwar wenig anhaben. Trotzdem waren viele Jugendliche bezüglich ihrer Berufswahl verunsichert und nicht wenige verschoben oder verwarfen ihre Suche nach einem Ausbildungsplatz. Die Abgeordneten unterhielten sich mit Dr. Müller unter anderem über die aktuelle Situation und die regionalen Herausforderungen.



AUS OLDENBURG

Fahrraddemo für mehr Toleranz

Der diesjährige CSD Nordwest ist zwar auf den September verlegt, eine erneute Fahrraddemo ließen sich die Oldenburger Unterstützer*innen jedoch nicht nehmen. Bei strahlendem Sonnenschein radelten auch Hanna Naber und Ulf Prange am 19. Juni durch die Stadt und warben mit Regenbogenfahnen und guter Laune für mehr Toleranz und Sichtbarkeit.

100+1 Jahre VHS Oldenburg

Am 3. Juni feierte die Volkshochschule Oldenburg ihr 101-jähriges Bestehen. Hanna Naber und Ulf Prange besuchten gemeinsam mit ihrem Bundestagskollegen Dennis Rohde den Festakt, bei dem unter anderem der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck und der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler, Grußworte hielten. Die Veranstaltung war im Vorjahr pandemiebedingt verschoben worden.



WIR SIND FÜR SIE DA!



facebook.com/
MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/
prangemdl
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-13 / 0441 361175-12

E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 30. Juni 2021

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Alina Finke,
Theis Hellmann &
Oliver Schwichtenberg